

**GR Ismail Uygur**

12. Mai 2021

**Antrag gem. § 22 GGO: Sichtbarmachen der jüdischen Geschichte in Salzburg**

Im vergangenen Jahr gab es in Österreich mindestens 585 antisemitische Vorfälle, durchschnittlich 49 Vorfälle pro Monat. Ein neuer Negativrekord, wie aus dem Ende April veröffentlichten Antisemitismusbericht der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG) hervorgeht. Neben tätlichen Angriffen auf den Präsidenten der Jüdischen Gemeinde Graz und einen Rabbiner in Wien wird auch der islamistische Terroranschlag vom 2. November angeführt, bei dem ausgehend von der Wiener Hauptsynagoge vier Personen getötet und 23 teils schwer verletzt wurden.

Die sogenannten Corona-Demonstrationen verstärkten den Antisemitismus nochmals. Auch bei Kundgebungen in der Stadt Salzburg waren beispielsweise gelbe "Judensterne" mit der Aufschrift "ungeimpft" in Anlehnung an die Zeit des Nationalsozialismus zu sehen. Antisemitismus ist in unserer Gesellschaft leider noch immer allgegenwärtig und wird über das Internet verbreitet.

Seit Jahren schafft es die Stadt Salzburg leider nicht, sich ihrer eigenen Geschichte mit belasteten Straßennamen zu stellen. Ein von Vizebürgermeister Bernhard Auinger immer wieder angekündigter Bericht, lässt immer noch auf sich warten. Wenigstens werden seit wenigen Jahren Erklärungstafeln für Straßennamen angebracht.

Um aktiv gegen dem Antisemitismus entgegenzutreten ist es wichtig, die jüdische Kultur in Salzburg sichtbarer zu machen. Im Straßenbild nimmt man jedoch die lange Geschichte von Jüd\*innen in Salzburg nicht wahr.

Beispielsweis befand sich in der heutigen Judengasse 15 ursprünglich eine Synagoge. Auch in den Häusern Kranzmarkt 2-4 konnte im Keller von Dr. Adolf Altmann zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Synagoge aus dem frühen 15. Jahrhundert nachgewiesen werden.

Der Journalist und Buchautor Thomas Neuhold und der Historiker Andreas Praher beschreiben in ihrem Buch „Widerstand, Verfolgung, Befreiung – Zeitgeschichtliche Wanderungen“ einen Spaziergang durch das jüdische Salzburg, wo sie u.a. Adressen von ehemaligen Geschäften von jüdischen Familien erwähnen.

**Gem. § 22 GGO stelle ich folgenden Antrag**

Das zuständige Mitglied des Stadtratskollegiums wird aufgefordert, Erklärungstafeln an Orten der Verfolgung oder Ausgrenzung zur jüdischen Geschichte anzubringen. Dabei soll die Zusammenarbeit mit Expert\*innen der Universität Salzburg sowie der jüdischen Gemeinde Salzburgs gesucht werden.